



Pressemitteilung

Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e.V.

Gewerbliche Vermietung von Privatwohnraum

DEHOGA Bayern begrüßt restriktive Haltung bayerischer Kommunen hinsichtlich der Einhaltung geltender Gesetze

(München) Der Wunsch, an der boomenden Tourismusbranche mitverdienen zu wollen, erreicht in immer stärkerem Ausmaß auch den privaten Wohnungsmarkt. Viele sehen darin eine lukrative Einnahmequelle, immer mehr werden Privatwohnungen an Touristen vermietet. In touristisch attraktiven Städten wie München oder Nürnberg wächst mit ständig steigenden Übernachtungszahlen auch der „Grau-Markt“ professionell vermarkteter Ferienwohnungen und Privatapartments. „Dadurch“, so DEHOGA Bayern-Präsident Ulrich N. Brandl, „finden sich Wohnungsmieter, in deren Haus Wohnungen plötzlich gewerblich untervermietet werden, oft Belästigungen ausgesetzt.“ „Zudem werden in der Regel die für Beherbergungsbetriebe gültigen Sicherheits- und Hygienestandards nicht beachtet“, ergänzt Stefan Wild, Vorsitzender des Fachbereichs Hotellerie im DEHOGA Bayern, „So fehlen Feuerlöscher und Fluchtwegepläne, die für Hotels durch die Betriebsverordnung vorgeschrieben sind, oft völlig. Ebenso werden allzu oft keinerlei gewerberechtliche oder auch jugendschutzrechtliche Vorschriften eingehalten.“ Fraglich ist weiterhin, ob Steuern ordnungsgemäß abgeführt werden. Die Folgen: Einerseits geht das Modell auf Kosten von Verbrauchern und Steuerzahlern, andererseits ist eine Wettbewerbsverzerrung zu erkennen.

Brandl fordert: „Dieser Zweckentfremdung von Wohnraum muss entgegengesteuert werden. Denn durch diese Zweckentfremdung geht wertvoller Wohnraum verloren. Gerade in Großstädten, wo Wohnungsknappheit herrscht, ist darauf zu achten, dass der Graumarkt sich nicht als Konkurrenz zu den konzessionierten Betrieben erweist.“ Wilds Fazit: „Um eine Wettbewerbsverzerrung zu vermeiden, sind für Alle, die ihre Privatwohnungen gewerblich vermieten, Regelungen einzuhalten, egal ob es sich hier um sicherheitsrechtliche oder steuerrechtliche Bestimmungen handelt. Dieser Missbrauch muss stärker kontrolliert werden, deswegen unterstützen wir ausdrücklich alle Bemühungen von Städten und Kommunen, die zur Einhaltung von Recht und Gesetz beitragen.“

- Ende der Pressemitteilung -